Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

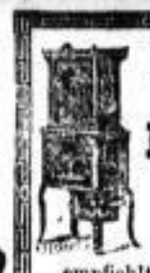
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.76. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Kompos oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen aus der Privatzeile Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung, durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1891.


Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc.
empfiehlt billigst
Friedrich Klotz
Königsbrückerstrasse 80 und 81.
Bautznerstrasse 28.

Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt
Dresden-N., Bachstr. 8.
Für Magen-, Herz-, Unterleibs-, Nervenkranke, an Säftevorfahrniss, Frauenkrankheiten etc. Leidende. Aufnahme jederzeit. Prospect frei.
Schriften: Dr. med. Kles, **Diätet. Heilmethode**, 6 Mark. — Diätet. Kuren, **Schroth**'sche **Kur** etc., 7. Aufl., 2 Mark, durch jede Buchhandlung, sowie durch den Verlag der Diätet. Heilanstalt.

Reichste Auswahl von **Corsets** bester Qualität in allen Preisen. Façons, Westen, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Paul, Dresden, Pallstr. 25.

Hanns Hanfstaengl
(C. A. Teich)
Königl. Sächs. Hofphotograph
Pragerstr. 36.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen**, Visitkarten-Photographien 12 Stück von 6 Mark ab, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 Mark ab.
Waisenhaus-Strasse Nr. 34, nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.

Nr. 14. Spiegel: Preußischer Etat, Ueberzeichnung der französischen Anleihe. Hofnachrichten, Korpsstudenten, Victoria-Salon. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Berliner Galaoper. | **Mittwoch, 14. Januar.**

Politisches.

So hat denn nun glücklich der „gekommene Mann" in Preußen, der Finanzminister Johannes Miquel, seinen ersten Etat im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht, und mit lebhafter Aufmerksamkeit haben die Vertreter von Gerdauen und Stallupönen, wie die Männer aus Erkelenz und Papenburg dem Klange seiner Worte gelauscht, bis das Räderwerk der Zahlen ihre Gedanken langsam fortgleiten ließ in seligere Gefilde, allwo Milliarden keinen Werth haben und das Goethe'sche Hexen-Einmaleins seine sinnvolle Geltung gewinnt. Es ist ja auch thatsächlich eine schwierige Aufgabe, über die Finanzlage eines ganzen Staates in wenigen Sätzen eine derartig runde und nette Auseinandersetzung zu geben, daß sofort die große Mehrheit der „geehrten Herren vom Landtage" in den begeisterten Ausruf ausbricht: „Ja — also!" und selbst für den früheren Bürgermeister von Frankfurt, den doch ein gewiegter Menschenkenner eine „rhetorische Natur" nannte, ist dies Kunststück zu schwierig gewesen. Deshalb mag sich derselbe vielleicht von vornherein damit begnügt haben, die Sorgen seiner finanziellen Herzenskammer in möglichst trockenem Tone zum Vortrag zu bringen, sodaß man den Eindruck gewinnt, als stände man vor einem Finanzgerippe, nicht vor einem lebensvollen Körper, in dessen letztes und feinstes Aederchen sich warmes Blut ergießt. Man darf ihm allerdings nicht Unrecht thun — auch die Etatsreden des Reserveleutnants v. Scholz waren nicht lebendiger; aber einerseits haben die in der offiziösen Presse veröffentlichten Notizen, andererseits der Hauch von Hofgunst, der auf dem Mann liegt, die Erwartungen doch hoch genug gespannt, um jetzt nicht eine kleine Enttäuschung wachzurufen. Da wir in Sachsen unser eigenes, uns jährlich zwei Mal in ein frohes Bewußtsein gebrachtes Finanzsystem haben, so interessiren uns natürlich in dem preußischen Ländle nur die großen Züge, neue organisatorische Einrichtungen und solche Aenderungen, die etwa auf das finanzielle Gebahren des Reiches rückwirken könnten. Von Alledem finden wir jedoch in der Etatsrede nichts, zumal die erwarteten Vorschläge über die Einrichtung von kleinen Beamtenwohnungen trotz der vorhergehenden Ankündigung ihrer Auferstehung noch fernerhin entgegenschlummern. Auch das Lied, welches in neuerer Zeit so oft und mit so vielem Rechte angestimmt wird und dessen Kehrreim den Wunsch nach Erhöhung der Beamtengehälter ausdrückt, hat keinen Wiederhall gefunden: „Der gegenwärtige Etat hat zu unserem großen Bedauern erhebliche Mittel nicht geboten, um erhebliche Aufbesserungen der Beamtengehalte vorzunehmen." Andererseits aber scheint der preußische Staat wenigstens nach einer Richtung hin den Klagen zahlreicher Beamten-Kategorien abhelfen zu wollen, indem er das bestehende System des Aufrückens durch das System des Aufrückens nach festen Altersstufen ersetzt. Bisher avancirten nämlich die Gehälter der Beamten in bestimmten Gehaltsgemeinschaften nach Minimal- und Maximalsätzen. Das Aufrücken hing von Vakanzen ab, die meist durch Tod oder Versetzung entstanden. Starben also einem jungen Beamten recht viele Vordermänner weg, so konnte er eventuell die Studentenbraut noch im Glanze ihrer Jugendlocken heimführen; folgten aber die Vorderleute dem erhebenden Beispiele von Methusalem, dem Sohne Henoch's, so mochte er unter Umständen in die Lage kommen, die Vertraute seiner Jugend als eingeschnurrtes Mütterchen in das bräutliche Gemach zu führen. Daß unter diesen Umständen, bei denen einzelne einer größeren Gemeinschaft angehörende Beamte dauernd hinter denen der gleichen Kategorie einer kleineren Gemeinschaft zurückblieben, Unzufriedenheit und Mißstimmung erregt werden mußte, ist klar. Wenn daher in Zukunft der tüchtige Beamte, der seine Schuldigkeit thut, sicher ist, daß er in einer bestimmten Periode um einen bestimmten Gehaltssatz aufgebessert wird, wenn er fortan seine Lage, seine Zukunft genau voraus berechnen, wenn er also eine richtigere und ökonomischere Wirthschaft führen kann, als wenn der Zufall bestimmend eingreift, so wird das Gefühl der Sicherheit und Beruhigung sich erhöhen und gegenüber dem bisherigen System auch das Gefühl der Würde als Beamter wachsen. Die Mehrausgaben während der Uebergangszeit können hierbei eben so wenig in Betracht kommen, wie eine engherzige Rechnerei, wenn es sich darum handelt, die Zahl der diätarisch beschäftigten Leute zu vermindern und einen größeren Prozentsatz von definitiv angestellten Beamten zu schaffen. Daß eine Reform in dieser Richtung allerdings die Ausgaben Preußens um ein Wesentliches steigern wird, ist mit Sicherheit vorauszusehen, und daher mag es auch zu erklären sein, daß das Organ Richter's von vornherein eine starke Verschnupftheit erkennen läßt und das „heiße Verlangen nach neuen Steuern" zurückweist. Dies wirkt um so drastischer, als gerade die Freisinnigen sich fortwährend als Anwälte der kleinen Beamten aufspielen, als gerade sie stets Millionen zur Aufbesserung ihrer Lage verlangen und mit der ganzen Beredtsamkeit Spiegelberg's in Wahlversammlungen das harte Herz der Regierungsmänner vor dem Volke verklagen. Das ewig wiederkehrende Schauspiel läßt sich wohl am knappsten und deutlichsten in folgendem Dialog ausdrücken: Freisinn: „Bessere die Lage der kleinen Beamten, o Regierung!" — Regierung: „Gern, o Freisinn! bewillige uns nur die Mittel hierzu in neuen Steuern." — Freisinn: „Was, neue Steuern? Sieh, o Volk, die Regierung will wieder die Steuerschraube anziehen." — Regierung: „Dann können wir keine Gehaltserhöhung eintreten lassen." — Freisinn: „Sieh, o Volk, die Regierung hat kein Herz für Dich, die nothleidenden kleinen Beamten sollen weiter hungern" u. s. w. in dulce infinitum. Wie sagte doch gleich der Finanzminister Miquel? „Lassen wir nicht eine Richtung aufkommen, welche Alles vom Staate fordert, Unangemessenes fordert, aber nicht geneigt ist, für den Staat zu geben und zu opfern."

Ein beherzigenswerthes Beispiel von Patriotismus, der unter Umständen selbst den eigenen Geldbeutel nicht schont, geben immer wieder die Franzosen. Auch in der sechzehnfachen Ueberzeichnung der neuesten französischen Anleihe von 870 Millionen steckt ein gutes Stück Vaterlandsliebe, die über den Horizont der Raunkönigspolitik hinüberschaut. Der Eindruck, den diese Thatsache macht, die bei den 32 Milliarden bereits vorhandener französischer Staatsschulden um so stärker in's Gewicht fällt, ist denn auch ein ganz außerordentlicher und wenn wir Deutschen in unseren Busen greifen, so werden wir nicht ohne eine gewisse Beschämung an den traurigen Mißerfolg denken, welchen unsere 3prozentige Reichsanleihe davontrug. Mag auch ein genauer Hinblick auf die einzelnen, in Frage kommenden Ursachen diese Beschämung wesentlich abschwächen, so läßt sich doch die eine Thatsache feststellen, daß der nationale „Elan" ein Faktor ist, mit dem bei uns nur wenig gerechnet werden darf. Um zunächst das Thatsächliche festzustellen, sei erwähnt, daß der Zinsfuß bei den Anleihen der gleiche ist, während der Kurs der französischen Anleihe sich auf 92,55 Proz. gegenüber unserem Emissionskurse von 87 Proz. stellt. Allerdings darf man hierbei nicht übersehen, daß der Kurs der deutschen Anleihe höher war, als er bisher üblich gewesen, während in Frankreich die französische Rente erheblich unter dem Tageskurse zu erhalten war. Ebenso liegt es nahe, die überaus unglückliche Zeit der Geschäftsflauheit, welche Herr Miquel und Herr von Maltzahn für die Emission als vortheilhaft annahmen, mit der weitaus günstigeren Zeit zu vergleichen, in welcher Herr Rouvier seine Aktion in's Werk setzte. Aber diese Umstände reichen keineswegs hin, den Gegensatz in seiner ganzen Nacktheit zu verkennen. Vielmehr muß man einerseits das Geständniß ablegen, daß die Leiter unserer Finanzen schwere Fehler gemacht haben, und daß andererseits Deutschland den großen Finanzbaronen gegenüber sich in einer Zwangslage befindet, die ihm die Hände in einer traurigen Weise bindet. Es sei heute nur daran erinnert, wie im vorigen Sommer die Vorschläge der Reichsbank dem vereinigten Drängen der Banken gegenüber zurücktreten mußten. Daß diese Banken aber überhaupt, namentlich in Frankreich, die eigentlichen Macher der Anleihen sind, wird Niemand leugnen, der mit einiger Aufmerksamkeit die Schachzüge der Rothschild, Stern, Bamberger, Camondo und Cahen verfolgt. So schrieb unlängst in einer offenherzigen Stunde der „Gaulois": „Die Rolle der hohen Bank bei den Staatsanleihen ist eine bedeutende, ja entscheidende. Die mehr oder weniger günstige Aufnahme, welche die Berufung auf den Credit bei den hohen Priestern des Goldes findet, die mehr oder weniger erheblichen Erleichterungen, welche sie den Zeichnern gewährt, ihr Einfluß auf den Börsenkurs — alles das trägt in sehr hohem Maße zu dem Glücken der sehr delikaten Sache, Anleihe genannt, bei." Das Maß von Wohlwollen, welches die internationale Hochfinanz dem republikanischen Frankreich schenkt, wird dem monarchischen Deutschland eben nicht zu Theil — das ist auch eine Lösung des Räthsels und nicht die unwahrscheinlichste.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Januar.

Berlin. Der Kaiser hat sich heute früh nach Swinemünde zur Besichtigung der Hafenverhältnisse und der Vertiefung des Fahrwassers nach Stettin begeben. Die Fahrt ging auf dem Eisbrecher „Berlin" zuerst in See, dann über das Haff nach Stettin, wo die Ankunft nach eingetretener Dunkelheit erwartet wurde. — Zwischen der Berliner und der Potsdamer Garnison soll im Laufe dieser Woche eine größere Gefechtsübung stattfinden, wobei der Kaiser vermuthlich die Truppen der Berliner Garnison alarmiren wird. — Prinz Heinrich wird zunächst zeitweilig beim Ministerium des Innern thätig sein. Der Minister des Innern erhielt einen entsprechenden kaiserlichen Auftrag. — Die Mecklenburgisch-Schwerinische Staatsregierung läßt erklären, daß die von der Frankfurter Zeitung gebrachte Nachricht, der Großherzog von Mecklenburg habe dem Fürsten Bismarck die Stellung eines Mecklenburgischen Ministerpräsidenten angetragen, aller und jeder thatsächlichen Grundlage entbehre. — Einem Privatbriefe aus Cannes zufolge werden in einem dortigen Hotel Zimmer für den Fürsten Bismarck bereit gehalten, da derselbe im Interesse seiner Gesundheit einen Theil des Winters dort verbringen wolle. — Betreffs des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. auf der Schloßfreiheit ist unter den zur Bewerbung aufgeforderten Künstlern eine völlige Einigung nicht erzielt. Während zwei der hervorragendsten Bildhauer eine Betheiligung ablehnen, sind Andere vorläufig noch unentschieden. Auch ein Theil der Architekten soll endgiltig zurückzutreten entschlossen sein, nachdem Hofbaurath Ihne mit Vorschlägen für die künstlerische Gestaltung der Westseite des Schlosses und der Schloßfreiheit beauftragt worden ist. — Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung beendet und beschlossen, daß der Mehrbetrag aus der Steuerreform schon jetzt unbedingt zur Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuern an Communalverbände bestimmt wird. — Die Commission für das Volksschulgesetz hat den Antrag Windthorst abgelehnt, wonach die Ertheilung des Religionsunterrichts nur solchen Personen übertragen werden dürfe, welche das zuständige Organ der Religionsgesellschaft für dazu befähigt erklärt hat.

Berlin. Der Reichstag nahm heute seine Sitzungen wieder auf. Der Präsident verlas eine Kabinetsordre des Kaisers, worin dieser seinen Dank für die ihm vom Hause zur Geburt des jüngsten Prinzen dargebrachten Glückwünsche ausspricht. Dann wurde in die Berathung der sozialdemokratischen und deutschfreisinnigen Anträge auf Aufhebung bez. vorläufige Herabsetzung der Lebensmittelzölle herangetreten. Reichskanzler v. Caprivi: Die Tragweite der Anträge werde von der Regierung nicht verkannt. Die Anträge sind bereits im Juli eingebracht. Inzwischen sind die Verhandlungen wegen Abschlusses eines Zollvertrages mit Oesterreich angeknüpft worden und wir haben die begründete Aussicht, daß die Verhandlungen zu einem für beide Theile befriedigenden Resultate kommen werden. Nähere Mittheilungen hierüber zu machen, seien die verbündeten Regierungen zur Zeit nicht in der Lage, weder über den Verlauf der Verhandlungen, noch über die beiderseitigen Ziele derselben. Die Sorge über die Erleichterung der Volksernährung liege auch den verbündeten Regierungen am Herzen. Sie glauben dies bewiesen zu haben, indem sie die Fleischeinfuhr erleichterten. Zugleich aber liege ihnen die Sorge für die Erhaltung der wichtigsten Zweige des Erwerbslebens, namentlich auch der Landwirthschaft ob. Das Gedeihen der Landwirthschaft ist für die Erhaltung des Staates von höchstem Werth. Treten die Herren in eine Diskussion der Anträge ein, so werden sich die Vertreter der verbündeten Regierungen nur insoweit an derselben betheiligen, als dies etwa zur Berichtigung bedenklicher Irrthümer über thatsächliche Verhältnisse nöthig sein sollte. — Hierauf begründete Schumacher den sozialdemokratischen Antrag auf völlige Aufhebung der Lebensmittelzölle. Die Zölle hätten das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung auf den Kopf gestellt. Aus den Reden des Kanzlers gehe hervor, daß man auch oben einzusehen anfange, daß es so nicht weitergehen könne. Das den Zöllen zu Grunde liegende System sei ein völlig verkehrtes. Für den überwiegenden Theil der Arbeiterschaft seien die Zölle nur eine große Last. Man möge in ähnlicher Weise, wie mit Oesterreich-Ungarn auch mit Rußland und Amerika verhandeln. Für die breiten Massen des Volkes sorge man am besten durch Aufhebung der Zölle und Verminderung der Militärausgaben. — Richter begründet seinen Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Entlastung der minderwohlhabenden Volksklassen und behufs Anbahnung einer gerechteren Besteuerung durch geeignete Vorlagen zu wirken. Erstens die Kornzölle zunächst auf die bis 1887 bestandenen Sätze zu ermäßigen, sodann eine allgemeine Revision des Zolltarifs einzuleiten, welcher unter gänzlicher Beseitigung der Zölle auf Korn, Vieh und Holz auch eine Entlastung des Verbrauchs der Landwirthschaft herbeiführt. Zweitens: Aufhebung der Zucker- und Materialsteuer und der damit zusammenhängenden Ausfuhrprämien für Zucker zu veranlassen. Drittens, die Privilegien der bisherigen Brenner bei der Verbrauchsabgabe von Branntwein in Fortfall zu bringen. Diese Anträge erschöpften noch nicht alle Wünsche seiner Partei. Die Agrarzölle seien einseitig erhöht und es sei deshalb gerecht, mit ihrer theilweisen Aufhebung zu beginnen. Im Prinzip sei er mit dem sozialdemokratischen Antrag einverstanden. Die Mittheilungen über den österreichischen Handelsvertrag begrüße er. Hoffentlich würden aber die Regierungen nicht auf differentiale Tarife hinstreben. Eine Abstimmung über die Anträge wünsche er jetzt mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen nicht. Vielleicht überweise man dieselben an die Budget-Kommission. In Schutz nehmen möchte er die Regierung noch gegen Angriffe anläßlich der österreichischen Vertragsverhandlungen. Aus einer alten Raketenkiste sei die Ansicht aufgestiegen, daß diese Verhandlungen für das Fortbestehen des Dreibundes entscheidend seien. Man sollte deshalb den Reichstag auflösen. Mit einer solchen Wahlparole würde wahrscheinlich der letzte Agrarier hier ausgerottet werden. Leider habe Bismarck nicht den Reichstag aufgelöst, wenn er neue Zölle verlangte. Mit Recht lege man jetzt an entscheidender Stelle Werth auf die Förderung des Verkehrs. Bismarck habe früher selbst auf einen Handelsvertrag mit Oesterreich großen Werth gelegt. Jetzt wirft er aus dem Dickicht von Friedrichsruh und hinter dem Bretterzaun der „Hamb. Nachr." mit Steinen auf seinen Nachfolger. Diesen publizistischen Unfug müsse er ganz besonders verurtheilen. Aber die Rakete sei aufgestiegen, sie habe gezischt, sie sei verpufft, erleuchtet habe sie Niemand außer Herrn v. Kardorff, den sie veranlaßt habe, wieder mit seiner Forderung nach Doppelbesteuerung zu kommen. Lehne man jetzt den Antrag ab, so würden ihn seine Freunde beim Etat wieder einbringen. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei für die Beseitigung der Zölle besonders günstig. — Lutz (kons.): Er sei in einem Kreise gewählt, in dem Großgrundbesitz nicht bestehe. Dort seien die Kleinbauern Schutzzöllner (Hört! Hört!) Die Aufhebung der Zölle würde den Ruin der Landwirthschaft herbeiführen. Daß die Sozialdemokratie darauf abziele, sei begreiflich, denn der ruinirte Bauer sei der beste Sozialdemokrat. Die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen sei wahrscheinlich nur aus Courtoisie gegen den zweitgrößten Bundesstaat erfolgt. Sie sei ein Fehler, wie die große Seuchengefahr in Nürnberg und anderen Städten darthue. Die vorübergehend hohen Fleischpreise seien eine Folge des Futtermangels im vorigen Jahre gewesen. — v. Schalscha (Centrum) spricht sich in gleichem Sinne aus. Der Zoll habe, wie er zahlenmäßig belegt, keine Vertheuerung herbeigeführt. — Dr. Buhl (nat.-lib.) bedauert die Ausfälle Richters gegen den unvergeßlichen Mitbegründer des Deutschen Reiches. In Arbeiterkreisen werde eingesehen, daß die Löhne ganz erheblich herabsinken müßten, wenn die Zölle aufgehoben werden würden. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Demnächst wird ein Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Haydn, Mozart und Beethoven im Thiergarten erlassen werden. — In der Bardeleben'schen Klinik sind in den letzten acht Wochen 57 Fälle verschiedener chirurgischer Tuberculose mit Koch'scher Injektion behandelt worden. Acht haben die Anstalt wieder verlassen, davon 3 geheilt, 1 gebessert. Bei dreien trat keine Reaktion ein. Ein dreijähriges schwächliches Kind starb nach 7 Injektionen. — Gestern fanden auf sozialdemokratische Berufung zwei Versammlungen von Arbeitslosen statt. Dieselben nahmen Anträge im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms an. Außerdem wurde beschlossen, beim Magistrat um Herabsetzung des Coakspreises, um ausgedehntere Beschäftigung bei der Straßenreinigung, um Inangriffnahme größerer Bauten und um zweimalige Speisung der Schulkinder auf Stadtkosten nachzusuchen. Ein Antrag auf Abhaltung einer großen Straßendemonstration wurde abgelehnt. Die Zahl der Arbeitslosen wurde in einer der Versammlungen mit 62,000 angegeben.

Halle a. d. S. Die Zuckerfabrik Winsleben bei Halberstadt ist niedergebrannt. 2000 Ctr. Zucker gingen mit zu Grunde.

Wien. Aus Catania wird gemeldet, der niederländische Consul Carcon starb plötzlich, eine halbe Stunde später dessen Freund Fiorio. Beide offenbar vergiftet. — Die Veranstaltung von Vorträgen in den Arbeitervereinen Norddöhmens über die Frage des Frauenrechtes durch Hedwig Wilhelmy aus Köln wurde behördlich verboten. — Die ungarische Regierung projektirt eine Ausstellung zur Feier des tausendjährigen Bestandes der ungarischen Verfassung im Jahre 1893.

Brüssel. Im Königl. Theatre La Monnaie fand gestern die erste Aufführung von Wagner's „Siegfried" in glänzender Ausstattung statt. Schon seit mehreren Tagen waren die Zutrittskarten zu kaum erschwinglichen Preisen verkauft worden.

Konstantinopel. Major v. Hülsen kehrt mit einem Handschreiben des Sultans an Kaiser Wilhelm nach Berlin zurück. — Der Sultan verlieh den Offizieren und Mannschaften des deutschen Kanonenbootes Wolf, welches die Ueberlebenden bei dem Schiffbruch des türkischen Panzerschiffes „Ertogerul" nach Kobe (Japan) gebracht hatte, goldene resp. silberne Rettungsmedaillen.

Pfund's herzstärkende (kosmetische) **Kindermilch.** Trockene Fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.